

## Zensur der Neofaschismus-Ausstellung in Mecklenburg-Vorpommern in der Kritik

# Gewerkschaften: Bildungszensur aufheben

**Am letzten Januartag 2011 wurde im Schweriner Stadthaus die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow eröffnet. Bereits im Vorfeld hatten andernorts Landräte, Bürgermeister und hochrangige Politiker die gemeinsame Ausstellung von ver.di Nord und VVN-BdA eröffnet oder begleitet. An den Universitäten Jena und Ilmenau fand die Ausstellung großes Interesse. Universitäts-Rektor Peter Scharff, hatte sich beim Studentenrat für die Ausstellung bedankt und betont, dass deren Anliegen mit dem Leitbild der Universität übereinstimme.**

Trotz des positiven Echos auf mittlerweile über 50 Ausstellungseröffnungen seit der Novellierung der Exposition zum 8. Mai 2010 hatten nun in Schwerin CDU/FDP-Fraktionschef Sebastian Ehlers und FDP-Landesvorsitzender Christian Ahrendt die Ausstellung auf das Heftigste öffentlich attackiert. Christian Ahrendt hantierte mit Extremismusvorwürfen, Unterstellungen und falschen Behauptungen, um den Abbruch der Ausstellung zu erzwingen. Ehlers unterstellte die Gleichsetzung von Demokraten mit vorbestraften Neonazis und die Verunglimpfung des Magazins *Der Spiegel* durch die Ausstellung. In der Ausstellung wurde ein *Spiegel*-Artikel hingegen als Beleg für jahrzehntelange revanchistische Forderungen des

Bundes der Vertriebenen herangezogen, der zudem versuchte, mit einer Studie die eigene Geschichte zu beschönigen.

Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow lud alle Interessierte ein, sich ein eigenes Bild von der Ausstellung zu machen und lehnte jegliche Zensur ab. Unzählige Einwohner der Landeshauptstadt folgten der Einladung der Oberbürgermeisterin. Die Landtagsfraktion der Partei Die Linke kritisierte die Absurdität der CDU/FDP-Vorwürfe, mit denen nach deren Logik mit der VVN-BdA zugleich ver.di und *Der Spiegel* des Extremismus bezichtigt würden.

Der Aufforderung des FDP-Politikers Ahrendt, sich von der

VVN-BdA zu distanzieren, kamen ver.di und DieLinke nicht nach. Im Gegenteil – DieLinke im Landtag Mecklenburg-Vorpommern verwies auf die zahlreichen Ausstellungseröffnungen in Rathäusern und Universitäten, die durch Bürgermeister und Politiker positiv begleitet wurden. Ver.di Nord verteidigte die Neofaschismus-Ausstellung ausdrücklich, welche die Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns aufzeige.

Das CDU-geführte Bildungsministerium im nordöstlichen Bundesland antwortete mit einer Bildungszensur für die antifaschistische Ausstellung und warnte per Anschreiben alle Schulen des Lan-

des vor der Ausstellung. Empört wiesen DieLinke, ver.di und DGB die Bildungszensur zurück. Ver.di-Chef Nord Rüdiger Timmermann kritisierte das Vorgehen des Bildungsministeriums als nicht nachvollziehbar und unverständlich, sei doch gerade das Bildungsministerium zur demokratischen Aufklärung verpflichtet.

Mit scharfen Worten kritisierte auch DGB-Vize Ingo Schlüter das faktische Ausstellungsverbot in der Bildungsarbeit. Die Ausstellung sei äußerst wichtig, kritisierte er das Vorgehen von FDP und CDU. In der Ausstellung gebe es keine Gleichsetzung von Neonazis mit einigen demokratischen Politikern, die mit bedauerlichen und demagogischen Ausfällen aufwarteten. Die Macher der Ausstellung in das extremistische Spektrum zu stellen, halte er für ebenso abwegig wie gefährlich. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern werde in anderen Ländern die Ausstellung empfohlen. Die täglichen Führungen durch die Ausstellung in Ilmenau im CDU-geführten Thüringen würden das große Interesse an der Ausstellung belegen.

Auch der Versuch der CDU, in Suhl die Ausstellungseröffnung zu verhindern, scheiterte. Bürgermeister Jens Triebel lehnte eine Zensur ab. Er verwies auf die Entscheidung des lokalen Aktionsbündnisses für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus, eben jene Ausstellung in Suhl zu zeigen.

**Axel Holz**

### Berichte des Verfassungsschutzes umstritten

Keine Berücksichtigung in den Medien fand der mehrfache Hinweis der VVN-BdA darauf, dass die extremistischen Zuschreibungen im Bayerischen Verfassungsschutzbericht selbst in Bayern heftig umstritten sind. So hatte die SPD-Landtagsfraktion 2010 mit einem Antrag die Streichung der unsinnigen Bewertungen über die VVN-BdA im Bayerischen Verfassungsschutzbericht gefordert.

Erhebliche Zweifel an der Aussagekraft der meisten Verfassungsschutzberichte erhob eine

Studie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Dezember 2009. Außer dem Brandenburger und Berliner Verfassungsschutzbericht seien alle weiteren Länderberichte selbst verfassungswidrig, weil eine klare und unmißverständliche Unterscheidung zwischen Verdacht und Nachweis verfassungswidriger Betreibungen in ihnen nicht gegeben sei. Diese klare Unterscheidung hatte aber ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Mai 2005 gefordert.

## Überlebenszeichen aus Lichtenburg und Buchenwald

Dokumentation über Antifaschisten Alfred Schellenberger

**Als vor knapp zwei Jahren Anneliese Schellenberger, die Tochter von Alfred und Charlotte Schellenberger, zum ersten Mal davon sprach, dass es Briefe von ihren Eltern aus der Haftzeit gebe, konnte noch niemand ermessen, welch historischer Schatz sich dahinter verbarg. Nun liegen die Ergebnisse der intensiven Erschließung dieser und zahlreicher weiterer Quellen und Dokumente über das Leben**

**des Antifaschisten und Kommunisten Alfred Schellenberger als Buch vor. Unter dem Titel »... einen bescheidenen Beitrag geleistet« haben Horst Gobrecht und Ulrich Schneider eine 250-seitige Dokumentation über »Alfred Schellenberger – antifaschistischer Widerstand und Briefe aus den Konzentrationslagern Lichtenburg und Buchenwald« herausgebracht.**

Hierin zeichnen die Autoren anhand von Dokumenten aus Archiven und Bildern, autobiographischen Aufzeichnungen von Alfred Schellenberger selber und ausführlichen Berichten seiner Mitstreiter, Akten der faschistischen Verfolgungsbehörden und Erinnerungen seiner Tochter Anneliese, die »Episoden aus meiner Kindheit und Jugend« beisteuerte, seinen Weg in den antifaschistischen Widerstand, seine Verfol-

gung und Haftzeiten sowie seine Haltung in der »Nacht des Faschismus« nach.

Alfred Schellenberger war kein prominenter Antifaschist, wenn gleich ihn die Gestapo zeitweilig als Organisator des kommunistischen Widerstands bezeichnete. Er war eher ein »normaler« Vertreter des Arbeiterwiderstandes, wie es ihn – auch wenn diese in heu-

**(Fortsetzung auf Seite 2)**

**Bundesweit zahlreiche aktuelle Ausstellungstermine**

**»Neofaschismus in Deutschland«**

Die neue Ausstellung der VVN-BdA informiert auf 26 Tafeln über Ideologie und Praxis des Neofaschismus. Sie benennt Ursachen für rassistisches, nationalistisches und militaristisches Denken und Handeln. Initiativen, Vereine, Schulen u.a. können sie unentgeltlich buchen, leihen und nutzen.

**AUGSBURG**

**bis 20. März**

AnnaPunkt im Evangelischen Forum, Annahof 4.

Veranstalter: VVN-BdA Augsburg

**SUHL**

**bis 31. März**

Neues Rathaus Suhl, Foyer  
Veranstalter: Suhler »Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus«

**BERLIN-WEDDING**

**4. bis 19. März**

Hausprojekt Schererstr. 8  
Veranstalter: Infoladen Scherer 8

**STOLBERG**

**14. bis 18. März**

Altes Rathaus, Rathausstr. 11

Veranstalter: Antifa-Initiative Stolberg, VVN-BdA Düren

**ROSTOCK**

**14. bis 25. März**

Jugendgarten Alte Schmiede, Toitenwinkel

Veranstalter: BI Toitenwinkel

**DÜREN**

**19. bis 26. März**

Veranstalter: VVN-BdA Düren

**CHEMNITZ**

**23. März bis 7. April**

Quer Beet, Rosenplatz 4

**GÜSTROW**

**28. März bis 16. April**

Landratsamt Güstrow, Am Wall 3-5, Veranstalter: DGB Nord

**ZELLA-MEHLIS**

**1. bis 8. April**

Gewerblich-Technisches Berufsbildungszentrum, Gewerbestr. 1

**HILDBURG-HAUSEN**

**11. bis 17. April**

Kreisbibliothek

**ALTMITTWEIDA**

**11. bis 21. April**

**FRANKENBERG**

**24. und 25. April**

**BERLIN-TREPTOW**

**9. Mai**

Treptower Park, Parkplatz am Ro-

**Neofaschismus in Deutschland**



**AUSSTELLUNG**

sengarten, im Rahmen des Festes der Berliner VVN-BdA zum Tag des Sieges über den Faschismus.

**Nähere Infos (Öffnungszeiten) weitere Termine und Buchung der Ausstellung unter [www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de](http://www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de)**

**Überlebenszeichen aus Lichtenburg und Buchenwald**

(Fortsetzung von Seite 1)

tiger Zeit oftmals »vergessen« werden – im faschistischen Deutschland tausendfach gab. Es begann in Wiesbaden, wo Alfred Schellenberger in den Reihen kommunistischer Widerstandsgruppen gegen den Vormarsch und die Etablierung der faschistischen Herrschaft kämpfte. Später wurde er in den Konzentrationslagern Esterwegen, Sachsenburg, Lichtenburg und Buchenwald eingekerkert, bevor er 1939 entlassen seiner Familie nach Leipzig folgen konnte. Dort setzte er ungebrosen seinen Widerstand fort, war verantwortlich in den Reihen des Nationalkomitees »Freies Deutschland«, das ein illegales Netzwerk auch in Sachsen aufgebaut hatte, und wurde dafür von der faschistischen Justiz angeklagt und zum Tode verurteilt. Sein Überleben ist eng mit den dramatischen Ereignissen des 13. Februar 1945 in Dresden verbunden, die ihm das Leben und die Freiheit brachten.

Im Zentrum des Buches stehen über 50 Briefe, die sich Alfred Schellenberger und seine Frau Charlotte in den Jahren der Haftzeit schrieben. Sie zeigen die private Seite von Alfred Schellenberger, der in der sich immer länger hinziehenden Haftzeit seiner Frau,

**Mut und Zuspruch aus der Haft**

die mit zwei kleinen Kindern alleine zurecht kommen musste, Mut und Zuversicht zusprach, obwohl seine eigene Situation alles andere als optimistisch war.

Seine Briefe zeigen aber auch, wie es ihm gelang, selbst unter den Bedingungen der faschistischen Zensur politische Nachrichten an Angehörige und Freunde zu übermitteln. Und die Briefe sind ein Spiegelbild der Lagerrealität dieser Zeit, indem Schreibverbote, Zensurvermerke oder andere Einschränkungen oder liberale

Handhabungen der Vorschriften die Situation in den jeweiligen Konzentrationslagern verdeutlichten. Selbst der Abschiedsbrief von Alfred Schellenberger nach dessen Verurteilung zum Tode ist überliefert und in diese Dokumentation eingeflossen.

Aus all diesen Dokumenten und Briefen, in denen unter den Bedingungen der faschistischen Zensur und der Verfolgung teilweise nur Alltäglichkeiten formuliert werden konnten, sprechen Lebensmut, Widerstandswillen und die politische Überzeugung, dass ein besseres, ein antifaschistisches Deutschland nur sozialistisch sein könne.

Schellenbergers Überleben war eng verbunden mit seinem antifaschistischen Widerstand und daher war es nur konsequent, dass er sich nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus aktiv für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in Leipzig einsetzte. Ob in Funktionen der Stadtverwaltung, als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dimitroff-Museum oder als Parteise-

kretär an der Hochschule für Musik: Der gelernte Betriebselektriker übernahm die Aufgaben, die in der entstehenden DDR gesellschaftlich gefordert waren. Alfred Schellenberger starb vor fast 50 Jahren im Februar 1963. Seine Biographie, sein alltäglicher Mut, sein Überlebenswillen und seine Standhaftigkeit für seine Ideale sind es, die heutigen Lesern und Nachgeborenen großen Respekt abnötigen.

**Ulrich Schneider und Horst Gobrecht:** »... einen bescheidenen Beitrag geleistet«. Alfred Schellenberger – antifaschistischer Widerstand und Briefe aus den Konzentrationslagern Lichtenburg und Buchenwald. Hg. Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. 250 Seiten, zahlreiche Fotos, GNN-Verlag, Schkeuditz 2011, ISBN 978-3-89819-349-7

Die Lagergemeinschaft Buchenwald bietet das Buch für 16,50 Euro zzgl. Porto an. Ab zwei Exemplaren portofrei. Einzelbestellungen sind auch über den VVN-Shop ([www.shop.vvn-bda.de](http://www.shop.vvn-bda.de)) oder über den Buchhandel möglich.

# WN-BdA fordert zum Nein zur »Schuldenbremse« auf

## Neonazis würden von Auswirkungen profitieren

**In Hessen findet zusammen mit der Kommunalwahl am 27. März eine Volksabstimmung darüber statt, ob in die Landesverfassung eine sogenannte »Schuldenbremse« aufgenommen wird.**

CDU und FDP wollen das und haben dafür im hessischen Landtag auch die Zustimmung von SPD und Grünen gewinnen können. Da die Hessische Verfassung aber nur durch eine Volksabstimmung geändert werden kann, muss über den beabsichtigten Verfassungszusatz durch Volksabstimmung entschieden werden.

Die Propagandisten der »Schuldenbremse« glauben, dabei leichtes Spiel zu haben. Nicht nur die Super-Großkoalition der Bremsenbefürworter, sondern auch populistische Parolen sollen eine breite Zustimmung herbeiführen. Im herkömmlichen Sinne sind »Schulden« und »Schuldenmachen« etwas Negatives. Dabei wird allerdings nicht bedacht, dass ein »Schulden«-Verbot in diesem Fall ein Kreditaufnahme- und Investitionsverbot ist. Für staatliche Aufga-

ben und Investitionen (z.B. bei Schul- oder Krankenhausbaumaßnahmen, Verkehrswegen, Verkehrsmittel usw.) und für öffentliche Aufgaben und Leistungen fehlen dann die notwendigen Mittel. Das Ergebnis sind weiterer Abbau und Verlust öffentlicher Leistungen; auch der Verlust von Arbeitsplätzen.

Deshalb hat sich in Hessen ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Schüler- und Studentenvertretungen und weiteren außerparlamentarischen Gruppierungen gebildet, das zum NEIN bei der Abstimmung und damit zu einem Entscheid gegen die Schuldenbremse aufruft.

An dem Bündnis beteiligt ist auch die hessische VVN-BdA. Wie es in einer Erklärung aus der VVN dazu heißt, bestehen über die vom DGB und den anderen Bündnispartnern bereits angeführten Ablehnungsgründe hinaus spezielle Ablehnungsgründe gerade für eine antifaschistische Organisation: Der mit der »Schuldenbremse« unweigerlich verbundene Abbau öffentlicher Leistungen fördert

rechtsextreme und neonazistische Kräfte in doppelter Hinsicht: Frust und Enttäuschung bei den vom Abbau betroffenen Bevölkerungsteilen erleichtern den Neonazis mit demagogischen Parolen den Zugang. Gleichzeitig werden beim Abbau öffentlicher Leistungen dann auch die Mittel zur Unterstützung antinazistischer und antirasistischer Arbeit reduziert. Neonazis profitieren so in doppelter Hinsicht von der »Schuldenbremse«.

Statt der Reduzierung und dem Abbau Tür und Tor zu öffnen – erleichtert dann auch noch mit der Erklärung: »Das Volk hat doch mehrheitlich so abgestimmt!« – müssten die notwendigen Gelder für öffentliche Aufgaben mittels einer gerechteren Steuerpolitik insbesondere gegenüber Reichen, Vermögenden und Großverdienern hereingeholt und so staatliche Leistungen gesichert werden.

Auch der Landesausschuss der hessischen VVN fordert deshalb alle Wählerinnen und Wähler dazu auf, zur beabsichtigten »Schuldenbremse« Nein zu sagen.

**P.C. Walther**

## Gingold-Veranstaltung jetzt am 8. Mai

**Die zur Erinnerung an die Antifaschisten Ettie und Peter Gingold ursprünglich im März vorgesehene Gedenkveranstaltung im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus findet nunmehr am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, statt.**

Der März-Termin war nicht zu halten, weil die für die Veranstaltung vorgesehene Film- und Tondokumentation bis dahin nicht fertig wird. Dabei handelt es sich um eine Neuproduktion aus früheren Aufzeichnungen und Aufnahmen, darunter auch solche, die bislang noch unveröffentlicht waren. Hinzu kommen Interviews mit Zeitzeugen und Menschen, die den Gingolds und ihrer Arbeit eng verbunden waren.

Im Anschluss an die Premiere-Präsentation des Films gibt es eine Gesprächsrunde mit Beteiligten und Betroffenen aus diesem Kreis. Die Veranstaltung im Stil einer Matinee (von 11 und 13 Uhr) wird von der Gruppe Politokk musikalisch umrahmt. Die Gingold-Erinnerungsinitiative, die die Veranstaltung vorbereitet, hofft auf regen Besuch.

Ebenfalls in Frankfurt am Main sind »die Gingolds« – zusammen mit weiteren ehemaligen Widerstandskämpfern aus dem Rhein-Main-Gebiet – bereits im März im Frankfurter Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5) »zu Gast«. Dort nämlich befindet sich den ganzen Monat eine Ausstellung von Linoldrucken mit Porträts von Widerstandskämpfer/innen aus dem Rhein-Main-Gebiet, darunter natürlich Ettie und Peter Gingold.

Am 30. März (um 14.30 Uhr bei den DGB-Senioren im Gewerkschaftshaus Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77) und am 28. April (um 19 Uhr im Club Voltaire) finden Lesungen von Silvia Gingold und Ulrich Schneider aus Peter Gingolds Lebenserinnerungen »Paris – Boulevard St. Martin No. 11« statt.

# Extreme Rechte geschwächt

## Kommunalwahlen in Hessen

**Im Wahljahr 2011 geraten Kommunalwahlen manchmal aus dem Blick, weil sie die politischen Verhältnisse im Land nur eingeschränkt beeinflussen. Dennoch sind sie Indikatoren für politische Stimmungen, die sich längerfristig auf Landes- und Bundesebene ausdrücken.**

Daher soll hier eine vorläufige Bestandsaufnahme extrem rechter Kandidaturen in Hessen 2011 geliefert werden. Sie ist vorläufig, da sich hinter manchen Wählergemeinschaften und Bürgerlisten, die zumeist in den Gemeinden antreten, durchaus auch extreme Rechte verbergen.

Wenn man die offenen Rechten (REPs und NPD) in den Blick

nimmt, wird deutlich, dass sie große organisatorische Probleme bei Kandidaturen haben. Obwohl durch den Wegfall der 5-Prozent-Hürde die Möglichkeit, Mandate zu erringen, deutlich erleichtert ist, bringen es die REPs beispielsweise nur noch auf 10 Kreise bzw.

### »Republikaner« auf Kreistage orientiert

kreisfreie Städte, in denen sie kandidieren. Traten sie bei früheren Wahlen flächendeckend an, fehlen ihnen – mit Ausnahme des Kreises Waldeck-Frankenberg – alle nordhessischen Kreise. Selbst in ihren früheren Hochburgen Landkreis Offenbach, Rheingau-Taunus und

Maintaunus stehen sie nicht auf den Wahllisten. Auffällig ist auch, dass sich die Kandidatur zumeist auf die Kreistage beschränkt. Die REPs verfügen – trotz Sarrazin-Debatte – offenkundig nicht mehr über ein entsprechend mobilisierbares Personal in den Gemeinden und Städten.

In Frankfurt/M. und im Main-Kinzig-Kreis treten sie dagegen an – und zwar in Konkurrenz zur NPD, die in diesem Jahr ihren Wahlkampf auf drei Landkreise und die Stadt Frankfurt/M. konzentriert. Ergänzt werden diese Kandidaturen durch einzelne Bewerbungen für Ortsbeiräte, Gemeinderäte und die Stadtverordnetenversammlung. Dabei handelt es

**(Fortsetzung auf Seite 4)**

**Rechte geschwächt**

(Fortsetzung von Seite 3)

sich um ihre organisatorischen Schwerpunkte: den Wetteraukreis, den Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Frankfurt/M.

Interessant ist der Versuch, im Main-Kinzig-Kreis ebenfalls zu kandidieren und sogar mit einem eigenen Landratskandidaten ins Rennen zu gehen. Neben dem Versuch, das neofaschistische Netz in diesen Kreis als Aktionsraum zu verstärken, spekuliert die NPD offenkundig auch darauf, das ehemalige »Bürgerbündnis Pro Schlüchtern«, das 2006 mit einer Einpunktbewegung gegen den Bau einer Moschee Stimmung gemacht hat, politisch zu beerben.

Aus antifaschistischer Perspektive positiv ist die Tatsache, dass extrem rechte Wählerbündnisse zu meist die Wahlperiode politisch nicht überlebt haben. So kandidiert zwar das Bürgerbündnis Pro Schwalm Eder erneut, aber weder die offenen Nazis um Roy Godeanu und seine Frau, noch Angehörige der Freien Kameradschaft Schwalm finden sich auf dieser Liste. Das ändert sicherlich wenig in ihrer ideologischen Grundhaltung, aber beeinflusst doch ihre Wirksamkeit. Andere rechte Bürgerbewegungen, wie Freideutsch Hersfeld um Friedrich Baunack oder die Bürgerbewegung Pro Schlüchtern sind nicht mehr sichtbar.

Für Antifaschisten bedeutet dies keine Entwarnung. Extrem rechte Ideologie und Naziaktivitäten zeigen sich weniger in Parlamenten als vielmehr auf den Straßen und politischen Aktionen. Aber es ist positiv, dass im Umfeld des Sarrazin-Rassismus noch keine politische Struktur entstanden ist, die dieses ideologische Konstrukt in politische Organisation gießt. Eine Prognose, welchen Einfluss solch rechtspopulistisches Konstrukt bei den hessischen Kommunalwahlen bekommen könnte, wäre sehr schwer.

**Bernd Kant**

**Redaktion: Peter Altmann**  
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,  
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Ffm,  
Tel. und Fax: (069) 5970524

**Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen  
Postbank Frankfurt  
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

# Neofa-Ausstellung bei zentraler Gedenkveranstaltung

VVN-BdA gemeinsam mit DGB, Kirchen und jüdischen Vereinen

**Die zentrale hessische Veranstaltung zum Gedenktag an die Opfer des Naziregimes fand in diesem Jahr im südhessischen Rüsselsheim statt. Landesregierung, Landtag und die kommunalen Verbände hatten dorthin eingeladen.**

Für die Rüsselsheimer Initiative gegen Rechtsextremismus – einem Bündnis aus DGB, VVN-BdA, evangelischen und katholischen Gemeindegliedern und der örtlichen Stiftung Alte Synagoge war dies der Anlass, die Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA nach Rüsselsheim zu holen. Ausgestellt im Gemeindehaus der Ev. Stadtkirche und damit in direkter Nachbarschaft zum Ort der Zentralveranstaltung, blieb sie dort zweieinhalb Wochen.

Die lokale Presse berichtete ausführlich und gab einladende Hinweise auf die Ausstellung. Zu den Besuchern gehörten neben interessierten Bürgern vor allem Jugend- und Konfirmanden-Gruppen. Für sie war es ein Anstoß, sich mit

jüngster deutscher Geschichte und mit dem, was heute in unserem Land vor sich geht, ein wenig näher zu beschäftigen.

Mit dem Thema »Gedenken und seine Anwendung auf Gegenwart und Zukunft« befasste sich auch eine Kundgebung in der Kreisstadt Groß-Gerau, die am VVN-Gedenkstein vor dem Jüdischen Friedhof stattfand. Gemeinsamer Veranstalter waren der DGB-Orts- und Kreisverband, die VVN-Kreisvereinigung, das Evangelische Dekanat und der regionale Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur. Zu den Teilnehmern gehörten Landrat Thomas Will und Kreisstadt-Bürgermeister Stefan Sauer.

Hauptrednerin war Monika Kanzler-Sackreuther von der VVN-BdA. Sie wies darauf hin, dass es den 27. Januar 1945, den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz, und den Terror des Naziregimes, ohne den 30. Januar 1933 nicht gegeben hätte. Da begann die Herrschaft der Nazis, herbeigeführt durch die Unterstützung einflussreicher Kreise aus Politik,

Wirtschaft und Militär, die das Hitlerregime an die Macht brachten.

Kanzler-Sackreuther erinnerte daran, dass es auch »ein anderes Deutschland« gab, vertreten von Frauen und Männern vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, die sich vom Faschismus nicht vereinnahmen ließen, sondern unter Einsatz ihres Lebens Widerstand leisteten.

Pfarrer Walter Ullrich vom Förderverein Jüdische Geschichte betonte, dass zum Gedenken an die Opfer auch das Erinnern an die Täter gehöre. »Ohne die Täter gäbe es keine Opfer.«

Auch hier fand die Veranstaltung ein respektables Echo in der örtlichen Presse.

Nach Abschluss der Kundgebung trafen DGB und VVN Verabredungen zur weiteren Zusammenarbeit. Zum Antikriegstag soll die Neofaschismus-Ausstellung auch in der Kreisstadt gezeigt werden. Außerdem will man die Stadt für eine Renovierung des VVN-Gedenksteins gewinnen, der sich auf städtischem Gelände befindet.

**pcw.**

**NIEDERSACHSEN**

## »Ein Leben in Sicherheit und Würde«

Treffen der Roma Niedersachsens in Hannover

**Der Verein »Roma Aglonipe e.V.« hatte für den 6. Februar Roma-Familien, befreundete Organisationen und Unterstützergruppen aus Norddeutschland zu einem Treffen eingeladen.**

Auf dem Programm stand zunächst ein Rückblick auf Aktivitäten aus dem Jahr 2010 mit Infotafeln mit Presseberichten, einer Präsentation »alle bleiben« – Initiativen für einen sicheren Aufenthalt der Kosovo-Roma und anderen Angehörigen der Roma-Minderheit, ferner mit Berichten zu Protest-Aktionen in mehreren Städten und zu den Innenministerkonferenzen. Ausgetauscht wurden Erfahrungen mit Lobby-Kontakten, Roma-Organis-

sationen und Freunden. Es gab eine Sicht auf europäische Initiativen, neue Stellungnahmen und Lagebewertungen zum Kosovo sowie Hintergründe zur Aussetzung von Abschiebungen in NRW.

Grußworte sprachen u.a. Propst Martin Tenge aus Hildesheim und Hannovers stellvertretende Bürgermeisterin Ingrid Lange (Bündnis 90/Die Grünen). Danach wurde das Programm in AGs zu Fragen der Stärkung der Roma-Communities und zu Problemen des Antiziganismus fortgeführt.

Ihren Abschluss fand die Veranstaltung mit einer Diskussionsrunde zum Thema »Bleiberecht für Roma - für ein Leben in Sicherheit und Würde! Perspektiven und Ziel-

setzungen für 2011-2012«. In einer Erklärung zu dem Treffen wurde auf die Gedenkrede von Zoni Weisz zum Internationalen Holocaust-Gedenktag vor dem Bundestag Bezug genommen und gleichzeitig auf die fortdauernde inhumane Abschiebepaxis insbesondere in den Kosovo hingewiesen. So heißt es in der Erklärung: »Wir protestieren gemeinsam gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung, denen Roma-Flüchtlinge ausgesetzt sind, die vor Bedrohung und Verfolgung in Deutschland Schutz suchen.« Die Forderung der 80 Teilnehmer: »Gebt den Roma-Flüchtlingen endlich ein Bleiberecht!«

**Reinhold Weismann-Kieser**

# Wolfsburger Jugend erinnert an Zwangsarbeit

Auschwitz-Gedenktag in ehemaliger »KdF-Stadt«



Auschwitz-Gedenktag in Wolfsburg.

Bild: Nils Merten

**Am 27. Januar kamen zum Auschwitz-Gedenktag Mitglieder der VVN-BdA und der Wolfsburger Partei Die Linke an der Wolfsburger »Gedenkstätte für die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft« zusammen, um gemeinsam mit IG Metall, Vertreter/innen der Stadt und Wolfsburger Bürger/innen der zahllosen Toten zu gedenken.**

Das fand in der örtlichen Presse Widerhall: »An der Gedenkstätte hielten Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

(VVN) Spruchbänder mit der Mahnung »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« in die Höhe.« Sogar die Ortsbürgermeisterin griff in ihrer Rede die Losung auf.

Die Landessprecherin der VVN-BdA Nds. und ehemalige Gesamtschullehrerin Mecki Hartung war erfreut, dass wieder eine Schüler/innen-Gruppe der Integrierten Gesamtschule den Gedenktag mitgestaltete, indem sie an das Leid der Zwangsarbeiter/innen und ihrer Kinder erinnerte. Auf der Gedenkstätte befinden sich allein 133 Kindergräber.

Seit 1997 tragen Jugendliche dieser Integrierten Gesamtschule dazu bei, dass die Lehren von Auschwitz nicht vergessen werden. Auch in diesem Jahr wird wieder eine Gruppe nach Auschwitz fahren. Das klein begonnene Engagement von 1997 ist gelebte Tradition geworden und wird ausgebaut. So kann gehofft werden, dass mutige junge Menschen dem allgegenwärtigen Rassismus und der Diskriminierung von Menschen mit internationalem Hintergrund entgegenstehen. Dies gebietet die Lehre der Geschichte. Hartung

## Charles Pieters verstorben

VVN-BdA-Landesverband trauert um Ehrenmitglied aus Dieppe

**Charles Pieters, ehemaliger Buchenwald-Häftling und Kommandeur der Ehrenlegion, ist am 20. Januar verstorben.**

Als wir kurz nach Silvester in Dieppe/Frankreich vorbeischaute, empfing uns Daniel Evrard, Vorsitzender der örtlichen Freunde der Widerstandskämpfer, der »Les Amis de l'ANACR« mit der Nachricht, dass unser 96-jähriger Kamerad Charles Pieters im Krankenhaus liege und sein baldiges Ende zu erwarten sei. Wir konnten ihn dort noch besuchen, Charles Pieters freute sich über uns.

So waren wir sehr traurig, als wir dann von Charles Tod am 20. Januar erfuhren. Die Stadt Dieppe, in der er von 1971 bis 1983 stellvertretender Bürgermeister war, lud für den 26. Januar zu einer öffentlichen Ehrung in den großen Saal des Rathauses ein, die Beerdigung fand am darauffolgenden Tag statt.

Wir haben als VVN-BdA Braunschweig seit fast 40 Jahren intensiven, freundschaftlichen und schon familiär zu nennenden Kontakt mit den Kameradinnen und Kameraden von FNDRIIP und ANACR in Dieppe, besonders auch zu Charles, seiner leider vor ein paar Jah-

ren verstorbenen Frau Augusta und seiner Enkeltochter Karine, die an die Verbrechen der Nazis und die Lehren aus der Geschichte aktiv mit der »Association Buchenwald-Dora et les commandos« erinnert. Viele Stunden haben wir diskutiert, aber auch gefeiert, und so war es selbstverständlich, mit einer kleinen Delegation zu Ehrung und Beerdigung nach Dieppe zu fahren. »Charles, wir werden Dich nicht vergessen und in Deinem Sinne und im Sinne des Schwurs von Buchenwald weiterkämpfen«, so versicherten wir in Dieppe.

Stefan Hölzer

### Oktober: Studienfahrt nach Tschechien

**Eine Studienfahrt bietet der Niedersächsische Verein zur Förderung von Theresienstadt/Terezín in der Zeit vom 22. bis 29. Oktober an. Die Spurensuche führt nach Theresienstadt, Prag und Lidice.**

Die ehemalige Festungsstadt Theresienstadt wurde während des Hitler-Faschismus als Konzentrationslager (Bild) missbraucht. Es galt als Vorhof zur Hölle Auschwitz.

Der Ort Lidice wurde als Vergeltung für das Attentat auf Heydrich 1942 ausgelöscht; die Männer wurden getötet, die Frauen nach Ravensbrück deportiert, die Kinder verarisiert oder in Polen umgebracht. An beiden Orten wird es Möglichkeiten zum Austausch mit Zeitzeug/innen geben.



**Kosten: 250, ermäßigt 150 Euro. Anmeldungen bitte an Hans-Joachim Wolter, Tel. (05831) 992519, E-Mail: wolter@foerdereinterezin.de. Anmeldeschluss: 27. Aug. 2011. <http://www.foerdereinterezin.de>**

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de).

**VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen**  
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,  
Tel.: (0511) 33 11 36  
Fax: (0511) 33 60 221  
E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de).

**Redaktion: Michael Rose-Gille**

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

**Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.**

# Wer der Opfer gedenkt, muss auch die Täter benennen

## VVN-BdA fordert Gedenktafel vor FDP-Büro

**Die VVN-BdA Kreisvereinigung Essen hat am 27. Januar, dem Gedenktag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, eine Kundgebung vor der Essener Geschäftsstelle der FDP durchgeführt, in der Tat ein ungewöhnlicher Ort für eine Kundgebung des Gedenkens an die Millionen industriemäßig ermordeten Menschen in den Vernichtungslagern des deutschen Faschismus. Doch die Essener VVN-BdA wollte mit der Kundgebung anlässlich des 27. Januar in diesem Jahr nicht nur der Opfer gedenken, sondern auch an die Täter erinnern.**

Einer dieser Täter war das Essener FDP-Mitglied, Dr. Ernst Achenbach. In der Zeit von 1940 bis 1943 war der Nazi-Diplomat engster Mitarbeiter des deutschen Botschafters in Frankreich, Otto Abetz. In seiner Eigenschaft als Botschaftsrat, später Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris und Leiter der Politischen Abteilung bestand seine Aufgabe vor allem in Verhandlungen mit der Vichy-Regierung; um sie in die Planung und Organisation der »Endlösung der Judenfrage« mit einzubinden. Die Kollaboration der französischen Regierung, Verwaltung und Polizei war eine unabdingbare Voraussetzung zur Vorbereitung und Durchführung der Deportation von Juden aus Frankreich: 80000 Juden aus Frankreich wurden deportiert. Weniger als 3000 kehrten zurück.

Nach 1945 wurde Achenbachs Anwaltskanzlei in Essen Anlaufstelle für zahlreiche ehemalige NS-Funktionäre. Zu seinen Mitarbeitern zählten der in Dänemark zum Tode verurteilte SS-Obergruppenführer Werner Best und SS-Brigadeführer Alfred Six. In seiner Rede auf der Kundgebung beschrieb Walter Hilbig, wie es Achenbach gelang, in der FDP eine einflussreiche Karriere zu durchlaufen. Bis 1953 außenpolitischer Sprecher der FDP, galt er als rechte Hand des FDP-Landesvorsitzenden Fried-

rich Middelhaue und war für das Einwerben von Industriespenden zuständig. Seine Mandate als Landtags- und später als Bundestagsabgeordneter nutzte er, um Naziverbrechen zu rehabilitieren und sie vor Verfolgung zu schützen. So setzte er sich 1952 für eine Generalamnestie für NS-Verbrecher ein. Ernst Achenbach war Schlüsselfigur zwischen FDP und dem Naumann-Kreis, einem Netzwerk hochrangiger Nazis mit dem Ziel einer Verschwörung zur Übernahme der FDP und zur Machtergreifung in der Bundesrepublik. Die britische Besatzungsmacht griff ein und ließ dieses Unternehmen auffliegen.

Von 1957 bis 1976 war Ernst Achenbach Bundestagsabgeordneter. Hätte es nicht massive Proteste, insbesondere auch von Beate und Serge Klarsfeld gegeben, wäre er in den 1970er-Jahren sogar zum Europakommissar ernannt worden.

Die VVN-BdA NRW hatte im Juni letzten Jahres einen Antrag an den Rat der Stadt gestellt, eine Mahntafel an der Geschäftsstelle der Essener FDP anzubringen mit einem Text, der auf die Mitwirkung von Ernst Achenbach an der Deportation von Juden aus Frankreich in die Vernichtungslager hinweist. Der zuständige Ausschuss hatte diesen Antrag nicht einmal auf die Tagesordnung aufgenommen und



Walter Hilbig sprach zur Rolle Ernst Achenbachs nach 1945.



Offensive Geschichtsarbeit der VVN-BdA: Mit einer Kundgebung vor der Essener FDP-Zentrale forderten Antifaschist/innen die Partei auf, ihre Geschichte aufzuarbeiten.

Bilder: privat

der VVN-BdA sogar angeraten, sich bei der Familie Achenbach zu entschuldigen, die eine Fülle von sogenannten Entlastungsmaterial vorgelegt habe. Gegenüber der WAZ erklärte der Essener FDP-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Ralf Witzel dass die VVN eine »falsche Einordnung« des Politikers vornehme und der FDP »kein Mangel an Aufklärung« vorzuwerfen sei. Die Vorwürfe gegen Achenbach seien von seiner Familie glaubwürdig entkräftet worden und so historisch nicht haltbar. Doch auch die WAZ beruft sich dazu auf die belastenden Urteile der Geschichtsforschung über Ernst Achenbach.

Die Mahntafel, die die VVN-BdA nun selbst am 27. Januar vor der Essener FDP-Geschäftsstelle

aufgestellt hatte und auf der die Stationen der politischen Karriere von Achenbach vor und nach 1945 aufgeführt wurden, schließt mit den Sätzen: »Achenbach wurde nie für seine Taten im besetzten Frankreich zur Rechenschaft gezogen. Die FDP hat sich nie von ihm und seiner Vergangenheit distanziert.«

Wir werden weiter dafür eintreten, an dem Gedenktag der Befreiung von Auschwitz nicht nur der Opfer zu gedenken. Immer werden wir auch an die Täter und Nutznießer der faschistischen Terrorherrschaft erinnern und sie weiterhin benennen.

**Alice Czyborra**

**Der Fall Achenbach – Fast 100 Prozent Kontinuität. Broschüre der VVN-BdA Essen. Bestellung per E-Mail unter [k-czyborra@versanet.de](mailto:k-czyborra@versanet.de)**

# Absage an Nazis – nur Polizei half ihnen

Der 29. Januar in Wuppertal

»Gegen Antifaschismus und linke Gewalt« – unter diesem Motto riefen Nazis (NPD Düsseldorf/Mettman, Nationale Sozialisten) auf der Website, die sie »unser-wuppertal« nennen, zu einer Demonstration am 29. Januar in Wuppertal auf. Seit Dezember 2010 war diese Ankündigung bekannt und es formierte sich schon im Dezember ein »Bündnis gegen Nazis« zur Verhinderung dieses Aufmarsches.

In seinem Aufruf wies das Bündnis auch auf die Wahl des Datums hin, das angesiedelt ist zwischen den historisch belasteten Daten 27. Januar 1945 und 30. Januar 1933. Der Aufruf sorgte für eine eindrucksvolle Bündnisbreite von CDU über Kirchen, Verbände, Künstlern und Unternehmern bis zu den Autonomen.

Daß die Nazis - wenn auch mit 4-stündiger Verspätung - marschieren konnten, dafür sorgte ein 1500 Personen starkes Polizeiaufgebot, das für das Demonstrationsrecht der 200 angereisten Nazis die Stadt in einen stundenlangen Ausnahme-

zustand versetzte. Das Medienprojekt Wuppertal dokumentierte mit sechs Kamerteams an den verschiedenen Orten in der Stadt den Naziaufmarsch, deren Kundgebung, die Polizeiübergriffe und die zahlreichen antifaschistischen Protestaktionen.

Dieses Material ist für das Bündnis eine Grundlage für einen Strafantrag gegen die Polizeiführung wegen des unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes und auch wegen Strafvereitelung im Amt, weil die Polizei keinen Anlass sah, die üblen antisemitischen Ausfälle des Naziredners Manfred Breidbach zu unterbinden und deshalb die Kundgebung aufzulösen.

## Wuppertal-Elberfeld blieb nazifrei

Die Kreisvereinigung Wuppertal der VVN-BdA bilanzierte die Ereignisse am 29. Januar 2011 in Wuppertal: »Keinen Platz für Nazis – diese Absicht des breiten Bündnisses gegen Nazis war zumindest für die Innenstadt von El-

berfeld erfolgreich. 5000 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses und ließen damit den Nazis keine Chance, in Elberfeld marschieren zu können. Die beeindruckende Bündnisbreite ist auch ein großer Erfolg der immer öffentlich transparenten Bündnisarbeit zur Organisation der Kundgebung und der Aktionen.

Sowohl der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Peter Jung, als auch der Arbeits- und Integrationsminister von NRW, Guntram Schneider, betonten in ihren Beiträgen, wie unerträglich es ist, daß die Polizei beinahe zu jedem Wochenende in irgendeiner Stadt Nazi-Aufmärsche zu schützen hat.

Allerdings bleibt diese berechnete Empörung solange folgenlos, wie dazu keine politischen Konsequenzen folgen. Ein Verbot der NPD als organisatorischem Zentrum der Nazi-Umtriebe wäre die wichtigste Konsequenz, die die Abschaltung der Nazikader als »Vertrauensleute beim Verfassungsschutz zur Voraussetzung haben muss.

Sehr kritikwürdig zu den Aktionen zur Durchsetzung der Losung: »Wuppertal hat keinen Platz für Nazis« ist der dagegen gesetzte unverhältnismäßige Polizeieinsatz zu werten. Es bestand überhaupt keine rechtliche Notwendigkeit, die Nazis, wie geschehen, unter Polizei-

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Erinnerung an »Euthanasie«-Opfer



Gegen das Vergessen der NS- »Euthanasie«-Opfer im Kreis Recklinghausen hat sich die örtliche VVN-BdA gewandt. Gemeinsam mit der Evangelischen Akademie führte sie am Abend des 2. Februar im Kreishaus eine Veranstaltung »Gegen das namenlose Vergessen« durch.

»Die über 6000 »Euthanasie«-Opfer in Westfalen – darunter

mehr als 200 Kinder – mahnen uns, Aufklärungsarbeit zu leisten«, so die VVN-BdA Recklinghausen. Mit Beginn des Jahres fühlt sich eine Initiative dieser Idee verpflichtet. Im Bild das »Denkmal der grauen Busse«, hier in Stuttgart. Es gilt als Symbol für die Opfer der »Euthanasie«. Ein solches Mahnmahl soll auch in Recklinghausen stehen.

begleitung zur ihrem Demo-Auftakt zu bringen.

Äußerst fragwürdig ist auch die Strategie zu werten, wegen des Nazi-Aufmarsches die Stadt in einen stundenlangen Ausnahmezustand zu bringen und den Menschen die Zugänge zu ihren Wohnquartieren zu versperren.

## Strafanzeige gegen Polizeiführung

Die rechtliche Güterabwägung zwischen der rechtlichen Erlaubnis der Nazis zur Demonstration und der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde polizeitaktisch sehr rabiat zugunsten des Naziaufmarsches entschieden.

Es fällt schwer, dabei nicht eine Kumpanei zwischen der Polizeistrategie und den Nazis zur Durchsetzung ihrer Demonstration zu vermuten.

Nach wie vor scheint Kurt Tucholsky mit seiner ironisch gemeinten Bemerkung recht zu behalten: Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft.« **Jochen Vogler**

Redaktion: Ulrich Sander  
Landesbüro der VVN-BdA NRW,  
Gathe 55, 42107 Wuppertal,  
Tel.: (02 02) 45 06 29  
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,  
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Solidarität mit Opfern des Kalten Krieges  
und Opfern aus Kinder- und Enkelgeneration

## Entschädigung aktuelles Thema

Die Entschädigung der Opfer des Faschismus und ihrer Hinterbliebenen bleibt ein zentrales Anliegen unseres Verbandes. In diesem Sinne haben wir die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte angelegt, der kürzlich in Köln seine Mitgliederversammlung veranstaltete.

Gemeinsam mit der AG Angreifbare Traditionspflege (»angreifbar«, weil Herr Stoiber die Geschichte der Gebirgstruppe unangreifbar fand) und dem AK Distomo (Arbeitskreis, benannt nach einem Opferort in Grie-

# Arbeiterwiderstand wird an den Rand gedrängt

## Gedenkstättenpolitik in NRW

**Die Umwidmungen der Erinnerungsarbeit hin zum Gedenken an »die beiden Diktaturen« und gegen »Extremismus« – mit anti-kommunistischem Ausschlag – ist europaweit in vollem Gange. In NRW entwickelt sich ein anderer Wechsel. Ohne Widerspruch verlief in einigen Gedenkstätten unseres Bundeslandes das Bemühen, durch »neue Zählungen« die Opferzahlen zu verkleinern und zudem den Arbeiterwiderstand als weniger bedeutungsvoll darzustellen.**

Hier sei ein Kommentar und ein Zitat dazu gestattet.

Anlass dazu bietet das Ende 2010 vorgelegte Buch »Wege des Gedenkens – Erinnerungsorte in NRW« der Zeitschrift LOTTA. Ihr ist ein gutes, dickes, faktenreiches Doppelheft gelungen. Dass unsere Kameradin Malle Bensch-Humbach aus Köln in dem Buch ihre Sicht der Dinge beschreiben konnte, ist zu begrüßen. Dass man – wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht – erfährt, wie die ansonsten nur als isoliertes Schmuttelkind zitierte VVN überall Pate stand bei der Schaffung

von Gedenkstätten, ist ermutigend.

Erkennbar wird und belegt ist die aktuelle Tendenz, von der Thematik »Widerstand und Verfolgung« wegzukommen hin, um erstens ausschließlich das jüdische Leid und den Holocaust in der Gedenkstättenarbeit zu schildern und zweitens den Rest in Museen über den NS-Alltag abzuhandeln, den Widerstand und andere Opfergruppen also unterzubuttern.

In Oberhausen und Essen ist dies offenbar so gelaufen. Woanders soll es so laufen. Aber ist das so in Ordnung? Was soll die unkommentierte Wiedergabe der Äußerung eines auch von uns sehr respektierten ehemaligen VVN-

Aktivisten aus Essen, der sich für die »Überbetonung« des Arbeiterwiderstandes durch die VVN-BdA entschuldigt? Diese »Überbetonung« resultiert aus dem wirklichen Geschehen! In einem Punkt



ergreift LOTTA klar Partei, in der Frage nach mehr Mitteln für die Gedenkstättenarbeit. Da stimmen wir hundertprozentig zu. Gut wäre es, wenn die aktuelle Geschichtsaktion der VVN-BdA Spurensuche/Rallye »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« auch einmal in LOTTA vorkäme. Aber das ist dann vielleicht auch wieder eine Überbetonung?

Festgehalten werden soll dies Zitat aus dem Buch: »Als problematisch erweist sich (...) die Tatsache, dass eine gesellschaftskritische Geschichtswerkstättenbewegung, wie sie während der 1970er- und 1980er-Jahre bestanden hatte, schlechterdings nur noch in Ansätzen existiert. Dennoch gibt es auch heute eine ganze Reihe bemerkenswerter Initiativen in Nordrhein-Westfalen und anderswo, die durch ihre kontinuierliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu einer lebendigen, unangepassten Erinnerungskultur »von unten« beitragen.

Zu nennen ist hier beispielsweise der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege, der seit 2002 erfolgreich die bizarren Veteranen- und Angehörigentreffen der Gebirgsjäger im bayerischen Mittenwald skandalisierte und auf deren bis in die jüngste Zeit weitgehend unbeachtet gebliebenen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges aufmerksam machte.«

In diesem Zusammenhang in dem LOTTA-Buch die VVN-BdA NRW nicht zu nennen, ist sehr bedauerlich. Die Recherche zu den Gebirgsjägern wäre ohne uns und unser Bundeswehrarchiv nicht möglich gewesen. Wir haben enge Kontakte und ein gutes Verhältnis zur Angreifbaren Traditionspflege. Und Geschichtswerkstattarbeit betrieben und betreiben wir auch – siehe unseren Artikel in dieser Ausgabe über den Protest vorm FDP-Büro in Essen und siehe die Website [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de) mit der Rallye »Verbrechen der Wirtschaft 33-45«.

Da ist eine Karte zu sehen. Jeder Rote Punkt mindestens eine örtliche Rechercheaktion!

**Ulrich Sander**

Fortsetzung von Seite 7

## Entschädigung aktuelles Thema

striert, – diese Aktionen gingen von Interventionen aus, die wir in Dortmund bei der Zentralen Stelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen starteten.

Dort haben wir auch die Ermittlungen gegen Unbekannt im Zusammenhang mit der Auffindung von Massengräbern in NRW verlangt. In Hemer und Stukenbrock beteiligten wir uns an Aktionen für die baldige Entschädigung für die Zwangsarbeiter aus den Reihen der Kriegsgefangenen.

Die nichtentschädigten Zwangsarbeiter – zumeist aus der Sowjetunion und aus Italien – brauchen unsere Solidarität. Sie sind Opfer der Wehrmacht. Während ehemalige ausländische SS-Angehörige aus

Deutschland Renten beziehen, erhalten ehemalige Kriegsgefangene nichts. Zu den Aufgaben der »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« in Ludwigsburg gehört es u.a., den ausländischen SS-Rentenempfängern die Gelder zu entziehen, wenn ihnen Verbrechen nachzuweisen sind. Doch die Zentralstelle ist dazu nicht in der Lage. Sie hat nur 19 Mitarbeiter. Zum Vergleich: Die BStU (Stasiunterlagenbehörde) hat derzeit 1.687 Mitarbeiter. Sie ist nun 20 Jahre alt. Ludwigsburg hatte 20 Jahre nach Kriegsende 121 Mitarbeiter. Nie hatte sie ausreichende Mittel und genügend Personal, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

In Zusammenarbeit mit der

Bundesvereinigung für Information und Beratung von NS-Verfolgten in Köln haben wir die Bemühungen für die Solidarität und Hilfe für die Opfer aus der 2. und 3. Generation mit begründet. In diesem Zusammenhang haben wir auf die Lage der Kinder aus verfolgten Familien sowohl vor wie nach 1945 hingewiesen, darunter solcher, die unter Hitler litten und dann auch in der Zeit des Kalten Krieges diskriminiert wurden. Für die Ghetto-Renten (50000 Anträge von Ghetto-Arbeitern sind noch unbearbeitet seitens der deutschen Rentenversicherung, obgleich ein Gesetz dazu seit 2002 besteht) und gegen die Anrechenbarkeit russischer Renten auf Leistungen der Sozialhilfe hierzulande haben wir uns als Mitglied im Kölner Bundesverband eingesetzt.

**U. S.**

# »Der Deserteur« ist keine Putte

## Antikriegsdenkmal wurde in Potsdam unkenntlich gemacht

Nach einem mehrere Wochen anhaltenden öffentlichen Disput ist das vom Bildhauer Mehmet Aksoy geschaffene Mahnmal »Für den Unbekannten Deserteur« wieder in Potsdam sichtbar. Ende Dezember hatte das Grünflächenamt das politische Denkmal handstreichartig in einen Holzverschlag eingepackt und so seiner öffentlichen Wahrnehmbarkeit entzogen, um den Marmor vor Frost zu schützen.



Wieder auf dem Platz der Einheit: Das Potsdamer Deserteur-Denkmal.

Erst nach Protesten des »Vereins zur Förderung antimilitärischer Traditionen«, der Kampagne gegen Wehrpflicht, der Potsdamer VVN-BdA und vor allem der »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz«, namentlich des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann, einigte man sich jetzt darauf, nur Möglichkeiten des Schutzes der Skulptur zu prüfen, die das Denkmal nicht aus dem öffentlichen Raum aussperren.

Die Einigung erfolgte nicht ganz selbstverständlich. Im Gegensatz zu anderen Orten der Welt versucht man in Potsdam, politische Denk-

mäler auf ihren »künstlerischen Wert« zu reduzieren und einzusparen. Im Winter ist es ja ohnehin kalt und eigentlich sollte man doch lieber zuhause bleiben. Auch die Figuren und Putten im Park Sanssouci werden ja durch so genannte Einhausungen vor der Witterung im Winter geschützt. Nur ist der Deserteur eben keine Putte!

Nicht von ungefähr steht das Mahnmal für die Deserteure und

gegen Krieg in Potsdam an zentraler Stelle. Auf dem Platz-der-Einheit befinden sich zudem nur wenige Schritte entfernt das Denkmal für die Opfer des Faschismus sowie eine Tafel am historischen Synagogenstandort im Gedenken an den Novemberpogrom. Das Mahnmal »Für den Unbekannten Deserteur« ist somit auch Teil eines Gedenkenensembles für die Zeit des Naziterrors.

Dies trug mit dazu bei, dass der Deserteur seit seiner Aufstellung in Potsdam Anfang der 90er-Jahre zu einem wichtigen Anlauf- und Ausgangspunkt für politisches Gedenken, Demonstrationen und Proteste, insbesondere gegen die aktuelle Kriegspolitik der BRD, geworden ist. Und gerade in der Stadt Potsdam, die wie kaum eine andere Stadt in Deutschland den preußischen Zwangsstaat sowie den Handschlag der alten konservativen mit den nazifaschistischen Eliten symbolisiert, ist die Präsenz dieses Mahnmals im öffentlichen Raum und dessen uneingeschränkte Wahrnehmung bedeutsam - vor allem, wenn der anachronistische Zug die Runde macht und die alten Symbole, das Stadtschloss und die Garnisonkirche, wiedererrichtet werden (sollen), wenn so die Folgen des nazifaschistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges für Potsdam, die sich auch in den baulichen »Lücken« seines Stadtbildes zeigen, gelehnet werden.

Statt eines Holzverschlages braucht der Deserteur einen Sockel zur Verbesserung der Standfestigkeit, eine zusätzliche Beschilderung und eine Beleuchtung, um dessen Wahrnehmung auch in der dunklen Jahreszeit zu erhöhen.

**Lutz Boede/Marcus Pilarski**

# Forderung ehemaliger Häftlinge wird verwirklicht

## AG Uckermark trifft sich zum ersten mal

**Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark und Überlebendenverbände haben nach vielen Jahren Engagement erreicht, dass ein Gedenkort für das ehemalige Jugendkonzentrationslager für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager geschaffen wird. Damit wird eine jahrzehntelange Forderung ehemaliger Häftlinge nach offizieller Anerkennung endlich umgesetzt.**

Nachdem die Konversion (Abriss der Überbauten der sowjetischen Armee) beschlossen wurde, hat das Land Brandenburg der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück den Auftrag erteilt, in Abstimmung mit der Initiative ein Konzept zu erarbeiten. Daraufhin hat die AG Uckermark Anfang Februar zum ersten Mal getagt. Sie setzt sich zu-

sammen aus der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem internationalen Ravensbrückkomitee, der Lagergemeinschaft Ravensbrück Freundeskreis e.V. (LGR), der VVN-BdA, dem Zentralrat der Juden, dem Zentralrat der Sinti und Roma, dem Fürstenberger Förderverein, Vertretern des Landtages Brandenburg und Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Stadt Fürstenberg, dem internationalen Freundeskreis Ravensbrück, der Gesellschaft für Konversionsmaßnahmen und der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Beim ersten Treffen wurde diskutiert, ob dieses Gremium lediglich beratende Funktion hat oder Entscheidungen hinsichtlich des zu erarbeitenden Konzepts trifft, um einen basisdemokratischen Prozess in Gang zu bringen.

Die Gründung der Uckermark-AG ist eine außergewöhnliche Chance. Alle Betroffenen und Interessierten haben die Möglichkeit, an der Gestaltung eines Konzepts für einen Gedenkort mitzuwirken, der viel zu lange in Vergessenheit war - vergessen wohl deshalb, weil die Verfolgten des Jugend-KZs vor allem als »asozial« stigmatisierte junge Frauen und Mädchen waren. Endlich besteht die Möglichkeit, dass Entscheidungen über Gestaltung und Konzept nicht im Alleingang von »wissenschaftlichen Expert/innen« und »gedenkstättenpolitischen Profis« getroffen werden, sondern gemeinsam mit Menschen, die persönlich, direkt und mit ihren Herzen betroffen sind, nämlich mit den Überlebenden, ihren Familien und Freund/innen, und mit ihren Genoss/innen, die jahrelang für einen würdigen Ge-

denkort gekämpft haben. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark und die Lagergemeinschaft Ravensbrück /Freundeskreis e.V. sind überzeugt, dass die ehemaligen Häftlinge die Expertinnen sind.

**Die AG Uckermark wird alle zwei Monate tagen. Alle Interessierten sind eingeladen. Der nächste Termin ist am 8.**

**April, 11 Uhr in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Weitere Infos unter: [www.mädchen-kz-uckermark.de](http://www.mädchen-kz-uckermark.de)**

Redaktion: Landesvorstand  
VVN-BdA Land Brandenburg  
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,  
Tel.: (01 51) 53 62 44 40  
Fax: (03 31) 2 80 58 81  
E-Mail: [brandenburg@vvn-bda.de](mailto:brandenburg@vvn-bda.de)  
[www.brandenburg.vvn-bda.de](http://www.brandenburg.vvn-bda.de)

Unser Spendenkonto: GLS Bank,  
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500

# Gedenkveranstaltung in Slonsk

## Berliner VVN-BdA besuchte ehemaliges KZ Sonnenburg

Am 28. Februar 2011 erinnerte die polnische Gemeinde Slonsk, in der Woiwodschaft Lubuskie Gora in der Nähe von Kostrzyn (Küstrin), an den 68. Jahrestag der Befreiung des Ortes durch die Sowjet-Armee am 3. Februar 1945. Zuvor hatte die SS im dortigen KZ und Zuchthaus Sonnenburg in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 819 politische Häftlinge und Kriegsgefangene ermordet, darunter Polen, Franzosen, Luxemburger, Sowjetbürger, Deutsche, Bulgaren, Tschechen, Norweger, Belgier und Jugoslawen. Lediglich vier Häftlinge überlebten das Massaker der SS.

Zum Auftakt der Gedenkveranstaltung am Mahnmal des Martyrium-Museums/Muzeum Martyrologii hatten sich zahlreiche Vertreter/innen von Veteranenorganisationen ehemaliger polnischer Kombattanten und KZ-Überlebender, die Abgeordnete des Sejm, Bozena Sławiak, Vertreter der Woiwodschaft Lebus aus Zielona Gora, der belorussischen und russischen Konsulate, deutscher Partnergemeinden, von örtlichen Vereinen sowie der örtliche Priester und eine Abteilung der polnischen Armee eingefunden.

Am Mahnmal neben dem Martyrium-Museum, danach am Ehrenmal der Sowjetarmee und auf dem örtlichen Ehrenfriedhof für die von den Nazis ermordeten Häftlinge und Kriegsgefangenen, wurde an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert und der Opfer gedacht. Das 1974 von deutschen, polnischen, französischen, norwegischen und Luxemburger Verbänden von Widerstandskämp-



Kranzniederlegung am Mahnmal des Martyrium-Museums (Muzeum Martyrologii).  
Bild: Jerzy Stachurski

fer/innen und Kombattanten gestaltete Museum ist leider in einem beklagenswerten Zustand. Durch

### Wo Ossietzky und Litten leiden mussten

das undichte Dach dringt Wasser ein und die kleine Ausstellung ist stark in Mitleidenschaft gezogen. In Zukunft soll das Museum durch eine Zusammenarbeit mit dem Museum Seelower Höhen, dessen Leiter Gerd-Ulrich Herrmann auch bei der Veranstaltung anwesend war, rekonstruiert und neu gestaltet werden, wie uns der Bürgermeister der Gemeinde Janusz Krzyżeków versicherte.

Auf dem Friedhof kam es zu einem für uns ungewohnten Ereignis. Bei einem militärischen Appell der teilnehmenden polnischen Armee-Einheit, erinnerten die Solda-

tinnen und Soldaten an alle auf polnischen Boden liegenden deutschen Konzentrationslager, wie Sonnenburg, Auschwitz, Treblinka und Sobibor. Zu Ehren der Millionen Opfer wurden drei Ehrensalven abgefeuert. Bei einem anschließenden kleinen Empfang im Gästehaus von Slonsk wurden wir von Veteran/innen sehr herzlich aufgenommen. Insgesamt war es ein beeindruckendes Erlebnis, zusammen mit polnischen Bürgern der deutschen Verbrechen an Menschen aus zahlreichen Ländern zu gedenken.

Bereits am 3. April 1933 kamen aus dem Berliner Polizeipräsidium die ersten 200 Gefangenen zusammen mit 60 SA-Hilfspolizisten, u.a. aus dem berüchtigten SA-Mördersturm Maikowski, in das 1930 wegen untragbarer hygienischer Bedingungen geschlossene Zuchthaus Sonnenburg bei Küstrin. In diesem jetzt als Konzentrationslager genutzten Zuchthaus saßen auch Carl von Ossietzky und Hans Litten ein. Das KZ wurde im April 1934 vorerst geschlossen, während das Zuchthaus weiter bestand. Nach dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen wurde Sonnenburg bis 1945 als Konzentrations- und Arbeitslager für angeblich »deutschfeindliche« Personen aus dem besetzten Ausland weiter betrieben.

Die Gedenkstätte in Slonsk sollte die VVN-BdA als einen Ort zukünftigen Engagements begreifen, Sonnenburg war, wie alle Mord- und Folterstätten auf dem Gebiet des damaligen und heutigen Polens, ein deutsches Konzentrationslager. Wir sollten überlegen, wie wir die Erneuerung und Ausgestaltung der Gedenkstätte – auch mit Erinnerungsberichten, Fotos und Dokumenten – unterstützen können.

**Hans Coppi**  
**Markus Tervooren**

**Wer die Gedenkstätte besuchen will, kann dies jederzeit tun. Leiter des Museums ist der Bildhauer und Gemeindechronist Blazej Kaczmarek. Unter den Telefonnummern 00 48 (0) 9 57 57 25 27, oder Mobiltelefon (06 06) 7 47 53 88 kann auch vor Ort eine Führung vereinbart werden: Muzeum Martyrologii ofiar Obozu Sonnenburg, Slonsk ul. 3-go Lutego 5**



Sowjetische Soldaten stehen zwischen ermordeten Häftlingen, Anfang Februar 1945.  
Bild: Gedenkstätte Dt. Widerstand

Redaktion: Dr. Hans Coppi  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Tel.: (030) 29 78 41 78  
Fax: (030) 29 78 43 78  
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>  
E-Mail: [berlin@vvn-bda.org](mailto:berlin@vvn-bda.org)

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA  
Postbank Berlin  
Konto-Nr: 315 904 105  
BLZ: 100 100 10

# Gesucht: Emigrantenkinder aus Westemigration

Irene Runge und Andrée Fischer-Marum planen erstes Treffen

**Wir, die »Kinder«, kamen vor 1945 im westlichen Exil unserer Eltern auf die Welt. Unsere Eltern wurden seit 1933 rassistisch, meist auch politisch verfolgt, sie verließen die Heimat. Waren sie jüdisch und minderjährig, gelangten manche aus Deutschland und Österreich durch Kindertransporte nach England. Politisch Organisierte gingen z.B. nach Prag, kämpften in Spanien, viele wurden zu Flüchtlingen in Paris, flohen nach Südfrankreich, überlebten Lager und Illegalität. Glück hatte, wer nach England, Schweden, in die Schweiz, nach Nord- und Südamerika, Südafrika, Indien, Palästina und Shanghai kam.**

Unsere Eltern zogen 1945 wegen der Utopien, aus politischer Überzeugung, im politischen Auftrag zurück ins »Land der Täter«. Hier wurden wir die »Emigrantenkinder«. Hat uns jemand gefragt, wie es war, in der zerstörten Fremde zu leben? Man hatte andere Sorgen. Kümmerte wen die konspirative Fortsetzung des Exils in den Köpfen unserer Erwachsenen? Als Jungpionier wusste ich, dass gewissen Nachbarn und Lehrern zu misstrauen war. Biographische Gemeinsamkeiten unterschieden uns von den Mitschülern.

Heute nennt man unsere Eltern Re-Migranten. Heute attestiert man schwierigen Kindern einen »Migrationshintergrund«. Unsere Biographien sind außergewöhnliche DDR-Lebensgeschichten, denen das Vergessen droht. Seinerzeit lebten wir in Milieus, die den Angepassten der Nach-Nazizeit suspekt waren. Wir störten beim Verdrängen der Vergangenheit, sie scheuten Zurückgekommene und deren unangepasste Kinder. Manchmal spürten wir Neugier auf unsere Geburtsorte und den Sozialneid. Über ihre Traumata haben unsere Erwachsenen geschwiegen. Nach 1945 wurde z.B. der gewesene Fluchtweg der Eltern geprüft. Das Ergebnis prägte Rückkehr und Integration. Nicht alle kamen nach Berlin.

In Übersee und England treffen sich Angehörige der »Second Generation«, erwachsene Kinder von dort gebliebenen jüdischen Holocaustüberlebenden und einst politisch Verfolgten. Unsere Eltern kehrten zurück nach Deutschland, in die spätere DDR. Wir sind ein anderer Zweig dieser »Second Generation«. Viele von uns wurden politisch diszipliniert, wir verloren mehr als nur erste Sprachen. In unserem Alltag mischten sich Länder und Kulturen. Das Deutsche, sogar deutsches



60. Geburtstag von Egon Erwin Kisch am 29. April in Mexiko, Andrée Marum (1. Reihe rechts). Bild: privat

Brauchtum waren erlernbar, das andere fand nicht statt. Ältere Verwandte fehlten meist. Als Familie fungierten Genossen. Jetzt sind wir selbst die fast letzten Zeitzeugen. Da gilt es zusammenzutragen, was uns geformt, verbunden und getrennt hat. Was wird die Nachwelt von uns erfahren? Fehldeutungen sind absehbar. Noch aber können wir unsere Geschichten als Teil der deutschen und der DDR-Geschichte selber dokumentieren. Packen wir es an!

Andrée Fischer-Marum (Frankreich/Mexiko) und Irene Runge (USA) haben die Initiative zu einem Orientierungstreffen am 10. März ergriffen. Wir bitten um Verständnis, dass die erste Zusammenkunft nur für jene gedacht ist, die in der Westemigration geboren sind und mit den Eltern(teilen) nach 1945 in die SBZ, DDR oder nach Westdeutschland kamen. Nicht nur für »Emigrantenkinder West« ist es einfacher, unter Gleichfahrenden sensible Momente des eigenen Lebens zu erörtern, ohne viel erklären zu müssen. Das Gespräch mit Anderen, mit den im sowjetischen Exil Geborenen ist jedoch wichtig. Ihr Arbeitskreis ist gefestigt, wir können da-

von lernen. Auch Treffen mit den später und früher Geborenen bieten sich an. Schritte in diese Richtung sollten wir am 10. März diskutieren. Wäre es sinnvoll, künftig einen oder mehrere Arbeitskreise bei der Rosa Luxemburg Stiftung oder bei der VVN-BdA zu bilden? Auf welche Schwerpunkte, Arbeitsweisen, Nah- und Fernzielen können wir uns einigen? Manche werden sich dann nach langer Zeit wieder treffen, andere sich neu kennenlernen. Mitzubringen sind Neugier und Toleranz, der Wunsch, miteinander über das eigene Erleben zu reden und die Kraft, auch widersprüchliche Erinnerungen auszuhalten. Es scheint an der Zeit, ein Projekt »Emigrantenkinder West« zu entwickeln. Manche »Second Generation« – Projekte in anderen Ländern werden unsere Bemühungen mit großem Interesse aufnehmen.

**Zeit: Donnerstag, 10.3., 18 bis 21 Uhr (ohne Versorgung), Ort: Rosa Luxemburg Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Seminarraum 2, 1. Etage**

**Infos über Andrée Fischer-Marum, [fischer.marum@gmx.de](mailto:fischer.marum@gmx.de) und Irene Runge, [i.runge@yahoo.de](mailto:i.runge@yahoo.de).**

## VVN-BdA Berlins Geschäftsführer: Markus Tervooren



seit 1988 in Berlin und gehört zu den Mitgründern der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM). Seit 2005 ist die AIM korporatives Mitglied der neu gegründeten Berliner VVN-BdA. Im Jahre 2006 gehörte Markus zu einer Gruppe von Sympathisantinnen und Sympathisanten der VVN, die beschlossen, als »BO 8. Mai« gemeinsam in die Berliner VVN-BdA einzutreten. Markus wurde auf der Delegiertenversammlung am 24. November 2007 in den geschäftsführenden Vorstand gewählt und gehört ihm seither an. Mit Aufnahme der Tätigkeit als Geschäftsführer lässt er sein Vorstandsmandat ruhen.

Seit 1. Januar 2011 ist Markus Tervooren Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA e. V. Er wird sich u.a. um unsere Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Veranstaltungen kümmern.

Der 47-jährige Verkaufungskaufmann aus Bonn lebt

# Eine Auszeichnung und ein Wunsch

## Harald Munding erhielt Verdienstmedaille »Für Augsburg«

»Der Arzt Dr. Harald Munding setzt sich für ein friedliches Zusammenleben, für kulturelle Vielfalt und gegen rechtsextreme Umtriebe ein.« schrieb die Augsburger Allgemeine Zeitung (AZ). Anlass war die Auszeichnung Mundings mit der »Verdienstmedaille« der Stadt für ehrenamtliches Engagement.

»So hat er«, heißt es in dem Artikel »seit 13 Jahren den Vorsitz des Filmbüros Augsburg inne, das überregionale Bedeutung mit den jährlich stattfindenden »Tagen des unabhängigen Films« und den Kurzfilmwochenenden erlangt hat. Prägend für die kulturelle, friedenspolitische und antifaschistische Szene setzt Munding seine soziale Kompetenz und seine Fähigkeit, andere zu motivieren, für die Durchführung von Gedenkveranstaltungen für Verfolgte des Naziregimes ein. Auch ist er um die Bewahrung des historischen Erbes der Stadt bemüht. So wird auf seine Initiative hin an



Dr. Harald Munding mit Augsburgs OB Dr. Kurt Gribl (CSU).

Augsburger Widerstandskämpfer erinnert, zum Beispiel durch die Benennung einiger Straßen.«

Die Dankadresse, die der Ausgezeichnete nach der Medaillenverleihung an die Öffentlichkeit richtete, ergänzt und präzisiert noch ei-

nige wichtige Punkte. Harald Munding betont darin: »Als Mitglied im Sprecher/innenkreis der VVN-BdA KV Augsburg wurde mir am 1. Februar durch den Oberbürgermeister der Stadt Augsburg die Urkunde und Medaille »Für Augs-

burg« im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses überreicht. Das jahrelange Eintreten unserer Organisation für Erinnerungsarbeit, kulturelle Vielfalt und nicht zuletzt gegen rechtsextreme Umtriebe im Rahmen unserer antifaschistischen Grundeinstellung erhielt dadurch eine Anerkennung und Würdigung. Ich sehe diese Würdigung stellvertretend für alle Mitstreiter/innen – ohne die ich diese nie erlangt hätte. An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei euch/ihnen für die Unterstützung und Hilfe bei der nicht immer leichten politischen Arbeit in Bayern.

Mein Wunsch ist, dass auch das Bayerische Innenministerium es endlich einsieht und die VVN-BdA auch in Bayern nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachten lässt. Es kann nicht angehen, dass auf regionaler Ebene immer wieder Ehrungen von Mitgliedern unserer Organisation stattfinden und auf Landesebene diese als linksextremistisch verteufelt werden.«

## »Auschwitz gedenken heißt NPD verbieten«

### Viele folgten dem Aufruf der Bamberger VVN-BdA zum 27. Januar

Dem Aufruf der Bamberger VVN-BdA zur Holocaust-Gedenkfeier am 27. Januar 2011 folgten zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen. Unter dem Leitthema »Auschwitz gedenken heißt NPD verbieten« sprachen der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg, Dr. Heinrich Chaim Olmer, Vertreter des Bamberger Bündnisses gegen Rechts, der Gewerkschaft ver.di, der Grün-Alternativen Stadtratsfraktion und andere.



Zur Feier sprach Dr. Heinrich Chaim Olmer (rechts), Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg. Bild: Horst Rupp

Dr. Guido Hoyer, Landesgeschäftsführer der VVN-BdA Bay-

ern, zitierte zum Thema NPD-Verbot den Widerstandskämpfer Peter Gingold: »1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Dass sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatte keine Erfahrung, was Faschismus

bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für künftige Generationen gibt es keine Entschuldigung, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.«

Diese beschworene Gemeinsamkeit hatte sich die Bamberger VVN-BdA mit der breit gestreuten

Einladung zur Gedenkfeier zum Auftrag gemacht: Nachdem in den letzten Jahren unterschiedlichste Feiern zu diesem Tag mit manchmal merkwürdigen Themen in Bamberg stattgefunden hatten, setzten sich unsere Kamerad/innen das Ziel, möglichst viele Menschen und Gruppen zu einem gemeinsamen Gedenken zu vereinen. Dies ist uns 2011 im Vorfeld des erneut für Bamberg angekündigten NPD-Parteitags gelungen und soll uns auch weiterhin ein Leitbild sein. **Günter Pierdzig**

### Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni  
VVN-BdA Bayern  
Frauenlobstr. 24, 80337 München  
Tel.: (089) 531786  
Fax: (089) 5389464  
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

**Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!**

# Peinliches vom Staatsanwalt

## Braune Hetze am Volkstrauertag soll straffrei bleiben

**Dürfen die Nazis in der Oberpfalz künftig straflos Kriegsverbrecher verherrlichen und die Opfer verhöhnern? Bleibt in Zukunft braune Propaganda strafrei, weil Juristen es so wollen? Das Referenzbeispiel für diese Befürchtung ist der NPD-Auftritt am Volkstrauertag 2010 in Markt Schwarzenfeld, Landkreis Schwandorf.**

Gegen diesen öffentlichen Auftritt der NPD-Häuptlinge aus dem Bezirksverband Oberpfalz erstattete der Landesverband Bayern der VVN-BdA Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Amberg. Die VVN wertete den Auftritt in Schwarzenfeld als verschärfende Provokation. Die Marktgemeinde Schwarzenfeld war in den letzten Kriegstagen 1945 Schauplatz eines Massakers von SS-Angehörigen an

Häftlingen eines Todesmarsches des KZ Flossenbürg. 273 Menschen wurden ermordet, in zwei Massengräbern verscharrt und erst nach der Befreiung würdig bestattet.

»Wenn die NPD mit ihren Parolen gezielt am Ort eines Verbrechens von SS-Angehörigen auftritt, macht sie die Täter zu Helden und verhöhnt die Opfer«, sieht VVN-Landessprecherin Luise Gutmann den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch erfüllt. Das sieht der Leitende Oberstaatsanwalt in Amberg, Walter Leupold, ganz anders: »Ich sehe den Straftatbestand der Volksverhetzung und Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft als nicht erfüllt an.«

Bereits Ende November sei eine Strafanzeige der Kriminalpolizei



Juristisch unbeanstandete Nazi-propaganda: NPD-Transparent beim Volkstrauertag in Schwarzenfeld.

Amberg bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Diese sei von einer Staatsanwältin bearbeitet und im Ergebnis sei das Verfahren eingestellt worden. Mit diesem Vorgehen ist Oberstaatsanwalt Leupold umfänglich einverstanden und schiebt die Kommentierung des Juristen Thomas Fischer vor, wenn er begründet: »Abwegiges Geschwätz über Heldentaten von Wehrmacht und Waffen-SS ist auch dann nicht strafbar, wenn es für die Bundesrepublik peinlich ist.«

Die Waffen-SS wurde vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt. Doch für Oberstaatsanwalt Leupold gilt die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit für die NPD auch dann, wenn sie mit extrem braunen Sprüchen am Volkstrauertag die Opfer verhöhnt.

Luise Gutmann hält dagegen: »Es gibt nach dem Grundgesetz kein Recht auf Nazi-propaganda.«

**Waltraud Bierwirth**

## Milde für Mörderisches?

### Neonazis nehmen immer seltener ein Blatt vor den Mund

**Vielleicht wird ja demnächst alles anders. Kurz vor Redaktionsschluss dieser antifa-Bayerseiten wurde die Sache mit den Zehntausenden von NPD-E-Mails publik, die auf welchen Wegen auch immer bei verschiedenen Medien gelandet waren. In diesen ist eine gewalttätige bis mörderische Offenheit zu finden, die bisher angeblich beim öffentlichen Auftreten der Nazipartei und ähnlicher Gruppierungen so nicht bekannt gewesen sei. Na ja. Bleibt zu hoffen, dass vielleicht daraus nun notwendige juristische und politische Konsequenzen gezogen werden.**

Allerdings: Ein wenig erstaunt dieses neue Erstaunen schon. Hat das permanente öffentliche Verächtlichmachen, die Verunglimpfung demokratischer Verhältnisse, Institutionen und Traditionen durch alte und neue Faschisten eigentlich nichts mit Gewalt zu tun? Was muss denn noch – Beispiel Schwarzenfeld, siehe oben – auf einem öffentlich gezeigten Trans-

parent stehen, bis daraus ein Straftatbestand wird?

Vor kurzem wurde der Nürnberger Stadtrat Sebastian Schmaus (»Bürgerinitiative Ausländerstopp«) vom Amtsgericht Nürnberg freigesprochen. Auf Flugblättern, die er vor einer Schule verteilt hatte, stand unter anderem »Merke also: Die BRD ist krank und genauso wenig therapiefähig wie ein Kinderschänder. Alles Kranke geht einmal zugrunde.« Die Inhalte auf dem Flugblatt seien, zitiert die Süddeutsche Zeitung die zuständige Richterin, »gerade noch von der Meinungsfreiheit gedeckt«. Zumal der Text nicht eigentlich den Staat mit einem Kinderschänder vergleiche – sondern eher die »Veränderungsfähigkeit« des einen mit der des anderen.

»Fünfmal bereits«, schreibt die SZ, »musste sich Schmaus juristisch verantworten, zuletzt wurde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er bei rechtsextremistischen Aufzügen Gegendemonstranten fotografierte und deren Bilder ins Internet stellen

ließ.« Wäre er diesmal verurteilt worden, wäre es auch mit dieser Bewährung vorbei gewesen. Hier jedenfalls ist noch nicht das letzte Wort gesprochen – die Staatsanwaltschaft hat Rechtsmittel eingelegt.

Oft bräuchten Strafverfolger, wollten sie denn, gar nicht zu warten, bis ihnen E-Mail-»Enthüllungen« auf den Tisch kommen. Einfach bei Facebook klicken kann schon ausreichen. Ein oberpfälzischer NPD-Kreisvorsitzender nahm da unter Angabe von Namen und Funktion schon öfter kein Blatt vor den Mund. Zu »bunten Zecken« etwa: »Ja, man sollte ihre verfluchten Kehlen aufschneiden und sie in ihrem eigenen Blut ersaufen lassen«. Als dann ein anderer vorschlägt, alternative Jugendliche (die ja mit dem »Zecken«-Bild gemeint sind) doch »gleich zu verbrennen« meint der NPD-Mann: »Schade um das Benzin«. »Macht doch mehr Spaß mit dem Messer made in Solingen«. Und schließlich: »Oder für medizinische Versuche a la Mengele«.

**A. K.**

## Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

**März:** Ludwig Fraundorfer, Neubiberg, 89 Jahre; Gustav Olschewski, Rothenburg o.d.T., 89 Jahre; Anni Multerer, Bad Wörishofen, 85 Jahre; Werner Grube, München, 81 Jahre; Renate Müller, München, 81 Jahre; Heinz Tischer, Bayreuth, 81 Jahre; Ingrid Bergmayr, München, 65 Jahre.

**April:** Viktoria Kern, Penzberg, 84 Jahre; Ilona Denke, München, 82 Jahre; Ingrid Marschall, München, 75 Jahre; Gerhard Obelt, Bamberg, 70 Jahre; Gabi Duschl-Eckertsparger, München, 65 Jahre; Elisabeth Glöß, Nürnberg, 60 Jahre.

# Ringens um die richtige Strategie

Eine neue Thälman-Biografie

**Im vorigen Jahr erschien eine neue zweibändige Thälmann-Biografie aus der Feder von Eberhard Czichon, Heinz Marohn und Ralph Dobrawa. Die Autoren schildern den Werdegang des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann vom wissbegierigen Arbeiterjugendlichen zum führenden Politiker zuerst der USPD, dann der KPD in Hamburg.**

Nach der Niederschlagung der Rätebewegung und dem Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Wissen und Billigung durch Minister Gustav Noske (SPD) blieb Thälmanns Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie zwiespältig. »Daher wird er auch nicht nachlassen, für die Räteidee einzutreten. So überzeugend diese Lösung im Klassenkampf der frühen zwanziger Jahre war, wird sie ihn später daran hindern, sich auf eine veränderte Taktik zu orientieren, um die bürgerliche Demokratie gegen den Ansturm des Faschismus zu verteidigen. Die Weimarer Republik, die verhasste ›Ebert-Republik‹ zu schützen, erschien vielen revolutionären Arbeitern eine Schande. In diesem Widerspruch wird Thälmann bis 1933 befangen bleiben.«

Die Kommunistische Internationale war als Weltpartei konzipiert. Die Weisungen ihres Exekutivkomitees (EKKI) waren für die einzelnen Sektionen absolut verbindlich. Das ging soweit, dass vom EKKI beschlossen wurde, ob die KPD ein Schriftstück veröffentlichen sollte oder nicht (beim Preußen-Volksentscheid 1932). Bei dieser Konstruktion war es faktisch unmöglich, dass die KPD die Strategie der Komintern anhand der Praxis überprüfen und gegebenenfalls ändern konnte. Auf dem 3. Weltkongress der Komintern 1921 in Moskau betrat Thälmann zum ersten Mal die internationale Bühne. Damals waren solche Kongresse noch ein Ort lebendiger Diskussion, in deren Verlauf Thälmann sogar Lenin kritisierte.

Dann kamen die Oktoberkämpfe des Jahres 1923. Beim Lesen bin ich einfach nur fassungslos,

wie dilettantisch das EKKI eine revolutionäre Situation in Deutschland herbeigeredet hat. Nur gestützt auf einen schönfärberischen Bericht des damaligen KPD-Vorsitzenden Brandler ermutigte das EKKI die KPD zu einem bewaffneten Aufstand. Die Autoren sprechen von »Wunschdenken« und fehlenden Analysen. Das Experiment, von dem nur der Hamburger Aufstand übrig blieb, führte zu einem fatalen Rückschlag für die kommunistische Bewegung.

## Weimarer Demokratie galt lange als wenig wert

Der 6. Weltkongress der Komintern 1928 orientierte die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern auf die proletarische Revolution ohne jede Zwischenstufen. Auch Thälmann war der Meinung, dass die Klassenwidersprüche auf eine revolutionäre Situation zusteuern würden. An späterer Stelle wird von den Autoren gesagt, dass sich die Komintern auch hier von falschen Analysen der Klassenbeziehungen leiten ließ. Ich hätte mir das aber schon an dieser Stelle gewünscht. Denn diese Orientierung war letztlich die Ursache für die falsche Politik des Hauptstoßes gegen die SPD, für die Einheitsfrontpolitik nur von unten, für die Unterschätzung der faschistischen Gefahr und die These vom »Sozialfaschismus«. Dabei muss man den Kommunisten zugute halten, dass die SPD und ihre Polizeipräsidenten in Preußen geradezu begierig waren, durch ihre Taten die Gleichsetzung von SPD und Faschismus zu bestätigen. Beispiele sind der Blutmai in Berlin 1929 und der Altonaer Blutsonntag 1932.

Die bürgerlichen Historiker schildern Thälmann als sklavisches Nachahmer der Politik Moskaus (sprich: Stalins). Das wird von den Autoren mit vielen Beispielen widerlegt. Am deutlichsten zeigte sich das in der Gewerkschaftsfrage. Die Bildung der »Revolutionären Gewerkschafts-

opposition« (RGO) wurde von Thälmann nur mit äußerstem Widerwillen mitgetragen, und die vom EKKI geforderten »roten Vertrauensleute« in den Betrieben (also die Spaltung des Vertrauensleutkörpers) gab es in Deutschland nicht. Die gleiche Abneigung hatte Thälmann gegen die EKKI-Anweisung, dass die Kommunisten sich 1932 am Volksentscheid gegen die Preußen-Regierung zu beteiligen hätten. Aber Thälmann saß ja selbst im EKKI-Präsidium und musste dessen Beschlüsse befolgen.

Am 10. Juli fand in Berlin der Gründungskongress der Antifaschistischen Aktion statt. Von den etwa 1400 Delegierten waren die 950 Parteiloosen die stärkste »Fraktion«, 132 waren Sozialdemokraten. Das zeigt, welche Attraktivität eine einige Arbeiterbewegung auf die Unorganisierten gehabt hätte.

Nach Papens Staatsstreich in Preußen 1932 wandte sich die KPD erstmalig direkt an SPD und ADGB mit der Aufforderung, gemeinsam zu einem Generalstreik aufzurufen. Die Antwort blieb aus, und das war für die Nazis das entscheidende Signal, dass die SPD auch gegen eine NSDAP-Regierung wahrscheinlich nichts unternehmen würde. Und so kam es dann auch 1933.

**Hans-Joachim Meyer**

**Eberhard Czichon, Heinz Marohn, unter Mitarbeit von Ralph Dobrawa: Thälmann. Ein Report. Band 1: 1886-1933. Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2010, 697 Seiten, 32 Euro. Zu beziehen bei kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de.**

### Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, der 7. April.  
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg, Tel.: (040) 314254  
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

### Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg Haspa, BLZ 200 505 50 Kto-Nr. 1206/127 183

## Zwei-Staaten-Projekt ausgezeichnet Bertini-Preis ging an fünf Schulen

**Ende Januar wurde im Ernst-Deutsch-Theater zum 13. Mal der Bertini-Preis übergeben. Der Preis, benannt nach Ralph Giordanos Roman, ehrt Schülerinnen und Schüler, die Opfer der Nazizeit vor dem Vergessen bewahren und sich gegen die Ausgrenzung von Minderheiten wenden. Projekte von sechs Schulen geehrt.**

Paul Kindermann vom Albert-Schweitzer-Gymnasium in Klein-Borstel forschte über die Hamburger Lehrerin Yvonne Mewes. Sie lehnte das NS-Regime ab, wurde denunziert und kam im KZ Ravensbrück um. Schülerinnen und Schüler des Kunsturses des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums gestalteten die Gedenkstätte des KZ Drägerwerke mit einem Mahnmal, das mit Ketten umwickelte Dreiecke zeigt. Die Stadtteilschule Wellingsbüttel wurde nach Irene Sedler benannt, eine Polin, die 2500 Kinder aus dem Warschauer Getto geschmuggelt und versteckt hatte. Die Schülergruppe schrieb dazu ein Theaterstück.

Eine Schülergruppe des Gymnasiums Lerchenfeld entwarf ein Theaterstück über die Hamburgerin Ingeborg Hecht, deren Vater in Auschwitz umkam. 1984 erschien ihr autobiografischer Roman »Als unsichtbare Mauern wuchsen«. Eine Besonderheit gab es aus der Harburger Schule Maretstraße. Gemeinsam mit einer Prager Schule erforschte sie die Geschichten deportierter Harburger Juden, besonders die von Leo Jacobsohn, der in Theresienstadt starb und für den ein Stolperstein gestiftet wurde. Beide Schulen teilen sich den Bertini-Preis.

Bei der Preisverleihung erinnerte der frühere Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde an den Widerstandskämpfer Helmut Hübener, der im Alter von 17 Jahren von der Nazijustiz zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

**hjm**

# Antifa-Bündnis so breit wie nie

## Hamburg-Harburg: Protest gegen Auftritt von Neonazi Thomas Wulff

**Am 29. Januar eröffnete die NPD ihren »Wahlkampf« in Harburg am Seeveplatz unter der Losung »Mit kriminellen Ausländern kurzen Prozess machen«. Hauptredner vor gerade mal 50 Anhängern war Thomas Wulff, der aus den »freien Kameradschaften« zur NPD gestoßen ist. Es wird vermutet, dass Wulff in Hamburg an die Spitze der neuen fusionierten Partei »NPD. Die Volksunion« treten wird.**

Dagegen formierte sich eine Kundgebung von rund 600 Personen, getragen vom Harburger Bündnis »Einig gegen Rechts« und vom »Hamburger Bündnis gegen Rechts«. Die Veranstaltung hatte eine noch nie dagewesene Breite. Es gab 22 Redebeiträge, unter an-

derem vom Schauspieler Rolf Becker, vom Hamburger ver.di-Vorsitzenden Wolfgang Rose, von Vertreter/innen der VVN-BdA, SPD, GAL, Linkspartei und DKP, von der evangelischen Kirche, der Liberalen Jüdischen Gemeinde, der muslimischen Schura und von Flüchtlingsorganisationen.

Kritisiert wurde die Nähe der NPD-Provokation zum Tag der Befreiung von Auschwitz (27. Januar) und der Machtübertragung an Hitler (30. Januar). Der Hamburger Innenbehörde wurde vorgeworfen, dass sie die NPD-Veranstaltung trotz des kaum verhüllten Aufrufs zur Gewalt (»kurzen Prozess«) erlaubt hatte.

Seine Gewaltbereitschaft hatte Thomas Wulff ein paar Tage zuvor persönlich demonstriert, als er in



Überlassen den Neonazis nicht das Feld: Antifaschistinnen und Antifaschisten protestieren auf der Wilstorfer Straße. Bild: VVN-BdA HH



Vor Karstadt: Weitere Aktion gegen Nazis in Harburg.

Billstedt mit der Axt auf einen Ladenbesitzer losging, der vor seinem Geschäft ein NPD-Stellschild entfernen wollte.

Viele antifaschistische Redner/innen forderten, dass mehr gegen die Massenarmut getan werde müsse, damit die Menschen nicht auf ultrarechte Rattenfänger hereinfallen. Rassismus habe längst die Mitte der Gesellschaft erreicht. Erwähnt wurde in diesem Zusammenhang vor allem Thilo Sarrazin, zu dessen Verteidigung sich sogar ehemals honorierte Politiker wie der Hamburger Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi aufge-

schwungen hätten. Die Neonazis wurden nach Abschluss ihrer Provokation von einem massiven Polizeiaufgebot zur S-Bahn geleitet. Mehrere S-Bahn-Waggons waren eigens für die Nazis und die Polizei reserviert worden. Größere Zwischenfälle gab es nicht. Am 12. Februar startete die NPD eine weitere Provokation auf dem Gänsemarkt, wieder mit Thomas Wulff als Redner. Diesmal konnte die NPD gerade mal 40 Leute um sich scharen. Zur Gegenkundgebung auf dem Jungfernstieg kamen 800 Menschen.

**Hans-Joachim Meyer**

### Hamburger VVN-Termine im Frühling

**20. März  
Antifa-Filmreihe**

**»Ein Lied für Argyris«**  
Schweiz 2006, von Stefan Haupt, 105 Min.  
In dem griechischen Bauerndorf Distomo findet am 10. Juni 1944 eine »Sühnemaßnahme« einer SS-Division zur Vergeltung eines Partisanenangriffs statt. Sie ermorden 218 Menschen – unter ihnen die Eltern und 30 Angehörige des vier Jahre alten Argyris, der das Massaker überlebt.  
17 Uhr, Metropolis-Kino, Stein-damm 52/54

**27. März  
Die homosexuellen Häftlinge im KZ Neuengamme.**

Ein thematischer Rundgang mit Jonny Schanz. Unterstützt von der Hamburger VVN-BdA und der ver.di-AG Lesben und Schwule. Beginn: am Haupteingang der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. 14 Uhr

**17. April  
Antifa-Filmreihe  
»Rottenknechte«**

DDR 1971, von Frank Beyer  
Nach der deutsch-britischen Kapitulation in Dänemark und

Schleswig-Holstein werden weiterhin junge Menschen von Marineoffizieren ermordet. Wegen der »Ordnung und Disziplin«. Am 5. Mai 1945 werden elf zum Tode verurteilte Matrosen (Minensucher MGH12) hingerichtet. Sowie drei weitere des 2. Schnellbootbataillons.

17 Uhr, Metropolis-Kino, Stein-damm 52/54

**23. April  
Hamburger Ostermarsch**

Auftakt am Kriegsklotz am Dammtordamm, Abschluss mit einem Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe  
Beginn: 12 Uhr

**6. Mai  
movimento: Jugendwiderstand in Hamburg. Erinnerung an Irene Wosikowski**

Gemeinsame Veranstaltung mit Landesjugendring und AG Jugendweihe Groß-Hamburg  
19 Uhr

**8. Mai  
Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus**  
Friedhof Ohlsdorf, 11 Uhr

**8. Mai  
Friedensfest**  
Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bündnis »Deserteurs-Denkmal für Hamburg«  
Kriegsklotz, Dammtor, 15 Uhr

# Solidarität wirkt über Ländergrenzen

## Das Leben der Kinder in der Emigration 1939-1945

**Unweit der sächsisch-bayerischen Grenze lebt in einem kleinen Dorf Susanna Jahn, eine freundliche, bescheidene Frau. Geboren wurde sie vor 81 Jahren in der ESR, in Aussig (Ústí nad Labem). Ihr Vater, Karl Pöschmann, war Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und ein bekannter Antifaschist, der sich offen und öffentlich den Henlein-Faschisten entgegen stellte.**

Als im Herbst 1938 die Wehrmacht und in ihrem Gefolge auch die Gestapo in das Sudetenland einfielen, musste er sich verbergen, arbeitete er im Untergrund weiter gegen die deutschen Faschisten und ihre Anhänger in seiner Heimat. Seine Familie ging mit ihren beiden Kindern nach Prag, das noch nicht von den Nazis besetzt war. Dort wurden sie von Hilfsorganisationen aufgenommen und kamen in Flüchtlingslagern unter. Die hygienischen Bedingungen waren sehr bescheiden. Ab Mitte 1939, bemühte sich ihre Mutter um ein Ausreisewisum nach England. Vater war über verborgene Wege schon dort angekommen.

Nach langen Wartezeiten und Schikanen war es endlich soweit: Quer durch Deutschland ging es nach Holland. Mit dem letzten Flüchtlingschiff, welches den Kanal überquerte, kamen die Pöschmanns Ende August 39 in Großbritannien an. Eine englisch-tschechische Hilfsorganisation hatte für die flüchtenden Bürger der ESR - ohne Unterschied ihrer Nationalität - Unterkünfte vorbereitet. In der Stahlstadt Sheffield wartete schon Vater Pöschmann auf seine Familie. In einem der Häuser, welche die Stadtverwaltung für die Flüchtlinge bereithielt, bekam die Familie ein Zimmer. Alles war sehr beengt, doch Susanna Jahn meint: »Hauptsache, wir waren in Sicher-

heit und hatten ein Dach über dem Kopf.«

Sofort nach ihrer Ankunft wurden die Kinder - Susanna und ihr Bruder Walter - im September 1939 in eine englische Schule aufgenommen. Die englischen Kinder waren sehr freundlich und hilfsbereit. Dass sie und andere Kinder mit ihren Eltern vor Hitler geflohen waren, brachte ihnen viel Sympathie ein. Im Jahr 1943 kam Susanna in eine von der tschechoslowakische Exilregierung eingerichtete Schule in Wales. Hier wurden die Kinder und Jugendlichen auf ihre Rückkehr in die Heimat vorbereitet.

Im Dezember 1940 gab es einen ersten, massiven Bombenangriff der deutschen Luftwaffe auf Sheffield. Darauf war die Stadt nicht vorbereitet. Angstvoll suchten die Menschen Schutz vor diesem Terror-Überfall. Über 660 Menschen verloren das Leben. Bezeichnender Weise fielen die meisten Bomben auf das schöne historische Stadtzentrum, nur wenige trafen die rüstungswichtigen Industrieanlagen.

### Sheffield 1940: Kinder im Bombenhagel

Susanna Jahn meint, dass die Nazis wohl mit der Einnahme Englands gerechnet hätten und deshalb die Betriebe für ihre spätere Nutzung schonten. Susanna erinnert sich, wie sofort nach diesem Angriff begonnen wurde, den Keller ihres Hauses bombensicher zu machen. Im Aufenthaltsraum stand ein kleines Radio, und an der Wand hing eine Landkarte, auf der das Vorrücken der Armeen der Alliierten mit Fähnchen markiert wurde.

Am 9. Mai erfolgte der Einmarsch der Roten Armee in Prag. Unter den Emigranten in England brach ein riesiger Jubel aus. In den Quartieren, auf der Straße, in der Schule herrschte ein unglaublicher Lärm: Die Heimat ist frei! Gemeinsam mit den Engländern wurde der Sieg über die Hitler-Barbarei stürmisch gefeiert.

Doch zunächst zog Karl Pöschmann mit Kindern nach Lon-



Wiedersehen nach 60 Jahren: Susanna Jahn mit ihrem Schulkameraden Walter Tschapek, den sie seit der Schulentlassung in Wales nicht mehr gesehen hat.

don. Seine Frau war im April 1945 nach der Geburt ihres fünften Kindes gestorben. Um die kleinen Kinder sorgten sich englische Freunde. Er wurde für die politische Arbeit gebraucht, wurde Mitarbeiter, dann Leiter des tschechisch-britischen Freundschaftsklubs. Hier in London erlebte Susanna, wie die Mutter einer jüdischen Freundin aus Theresienstadt zu ihrer Familie zurückkehrte. Die Erzählungen dieser alten Frau haben sie tief bewegt und in ihrer Haltung bestärkt: Nie, nie wieder darf sich so etwas wiederholen!

Im Sommer 1946 kehrte Karl Pöschmann mit vier Kindern in seine Heimat zurück. Das jüngste Kind blieb bei einer englischen Familie. Nach kurzer Zeit in Diéin (Tetschen-Bodenbach) siedelte er mit den Kindern in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, nach Plauen im Vogtland, um. Hier wohnte eine seiner Schwestern.

Nachdem man sich mehr schlecht als recht bei Vaters Schwester eingerichtet hatte, stürzte sich Karl Pöschmann in die Arbeit. Er wurde als anerkannter Antifaschist im Sachsenendruck Plauen in eine Leitungsfunktion berufen,

Susanna begann in der Buchbindelei zu arbeiten und engagierte sich in der Freien Deutschen Jugend.

Rückblickend erinnert sich Susanna Jahn, wie es Schritt für Schritt aufwärts ging. Die Lebensmittelrationen wurden erhöht, Preise wurden gesenkt, Beschränkungen fielen weg. Freilich waren die Erwartungen hoch, gab es Ungeduld und Unzufriedenheit über das scheinbar zu langsame Tempo des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Heute meint die 81jährige mit den Worten des ersten sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz: »Es hat sich gelohnt zu leben«, und sie fügt hinzu: »Die DDR war die Erfüllung unserer jahrelangen Entbehrungen. Die Aufbauarbeit war nicht umsonst, wir haben Bleibendes geschaffen. Es ist nur schade, dass nun alles anders gekommen ist.«

Nie hätte sie gedacht, dass nach den furchtbaren Jahren der Nazi-herrschaft und dem Kampf der Völker gegen den Faschismus die Welt wieder voller Kriege und Aggressionen, Hunger und Not sein könnte. Doch sie resigniert nicht. Sie hofft, dass die Menschen aus der Geschichte lernen. **Peter Giersich**

V.i.S.d.P: Peter Giersich  
Redaktion: Landesvorstand Sachsen  
Zuschriften bitte an  
VVN-BdA Sachsen  
Wettiner Platz 10  
01067 Dresden  
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de